

Lehrstuhl für International Business
Taxation
Prof. Dr. Martin Ruf

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Steuerliche Konsequenzen der Corona-Krise





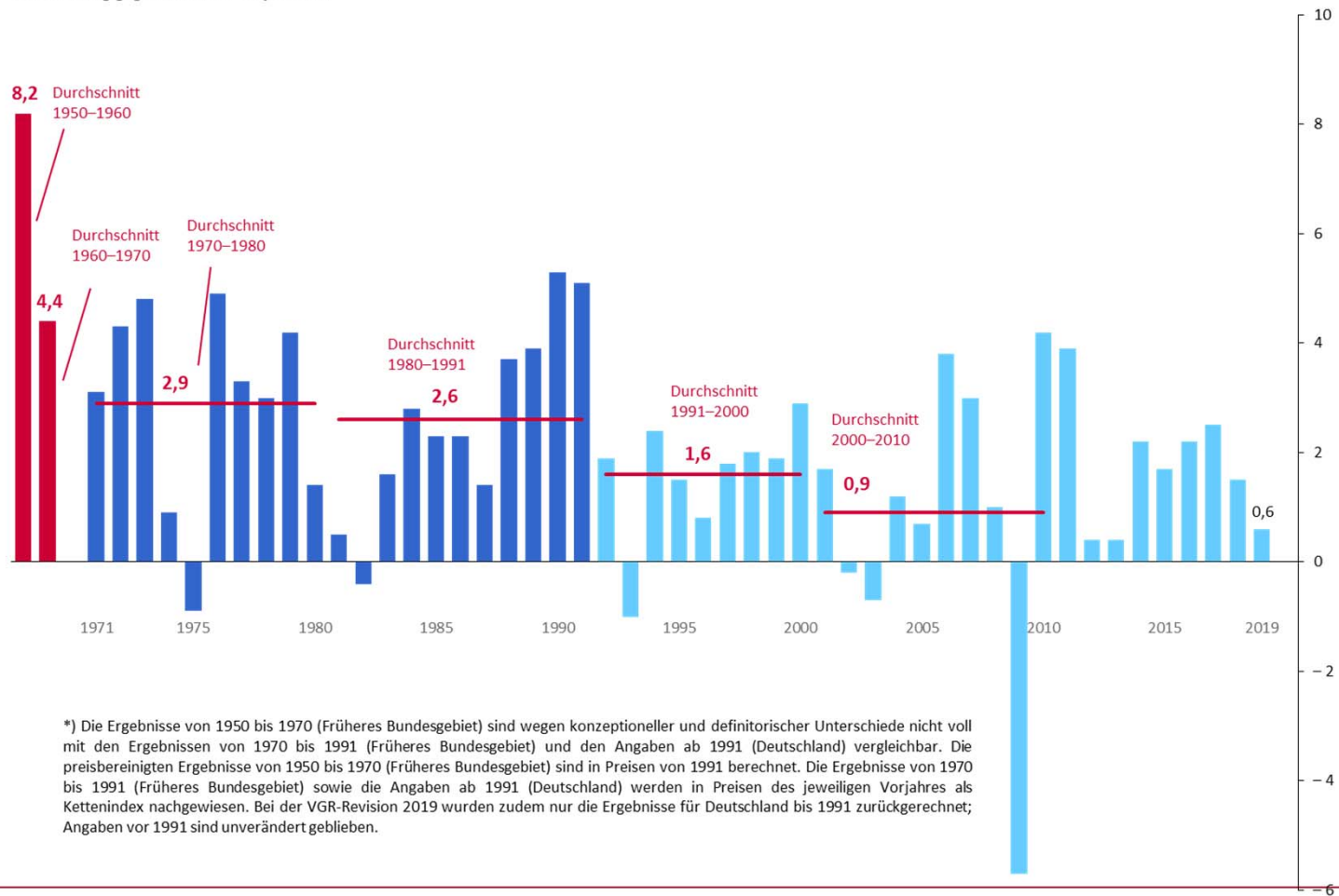
- Aus der Sicht eines in den 1970er Jahren geborenen eine noch nie vorher dagewesene plötzliche Einschränkung/Veränderung der Lebensumstände
- Donnerstag 12. März während des Fußballtrainings des SSC Tübingen mit einem befreundeten Arzt über die Frage von Schulschließungen diskutiert: „Unangemessen, werden nicht kommen.“
- Freitag 13. März: Alle Schulen schließen.
- Am 25. Juni hat wieder Fußballtraining statt gefunden – aber mit Kontaktbeschränkungen.
- Keine Staus mehr, leere Busse, leere Straßen
- 10 Millionen Kurzarbeiter, 600.000 Arbeitslose
- USA: 41 Millionen Menschen verlieren Ihren Job



Wirtschaftswachstum

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet *)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



*) Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2019 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.





Corona und Steuern

- Steuerliche Folgen: Mindereinnahmen
- Steuerliche Konsequenzen: Wie gelingt es die Lücke zu schließen?

tagesschau vor 20 Jahren, 13. Juli 2000



13.07.2000 20:00 Uhr

Frankfurter Allgen

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 20. Mai 2006, Nr. 117/20 R*

Herausgegeben von Werner D'Inka, Berthold Köhler, Günther Noonenmacher, Frank Schürmacher, Holger Stütz

Ärzteproteste und geschlossene Praxen

Nach 14 Wochen Streik Kompromisse über Arbeitszeiten und Sonderzahlungen

am. BERLIN, 19. Mai. Mehrere zehntausend Ärzte haben am Freitag für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld demonstriert. In Berlin, Stuttgart und Köln gingen mehr als 20.000 Mediziner zum dritten Protesttag seit Lebensbeginn auf die Straßen. In ganz Deutschland blieben zahlreiche Arztpraxen geschlossen. In 37 Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern legten nach Angaben der Ärzteschaft Marburger Bund am Freitag 12.300 Ärzte die Arbeit nieder. Unterdessen sagte ein Sprecher von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) auf Anfrage, das Bundeskabinett werde den Gesetzentwurf für eine Liberalisierung des Kassenarzteschnittes am kommenden Mittwoch beschließen. Damit soll Kassenärzten künftig unter anderem erlaubt werden, mehrere Praxen zu betreiben oder Ärzte anzustellen. Die von den Ärzten verlangte Honorarreform ist damit noch nicht verbunden. (Siehe Wirtschaft, Seite 12.)

Einigung im öffentlichen Dienst Unterschiede von Land zu Land

Nach 14 Wochen Streik Kompromisse über Arbeitszeiten und Sonderzahlungen

am. BERLIN, 19. Mai. Nach mehr als drei Monaten Arbeitskampf haben sich die Tarifgemeinschaft der Länder und die Gewerkschaft Verdi am Freitagabend in Potsdam auf Eckpunkte eines neuen Tarifvertrags für die etwa 800.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst geeinigt. Die Arbeitgeber votierten einstimmig für das Verhandlungsergebnis, die Verdi-Tarifkommission und die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihm noch zustimmen. Der neue Tarifvertrag soll zum 1. November in Kraft treten und bis Ende 2009 gelten.

Der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft, Möllring, forderte nunmehr ein Ende des Arbeitskampfes. „Wir hoffen, daß nächste Woche die Streiks beendet sind.“ Der Verdi-Vorsitzende Bäcker lobte die Einigung als „verdienstgünstig und verzehriges Ergebnis“. Der Reformtarifvertrag, den man im vergangenen Jahr mit dem Bund und den Kommunen vereinbart habe, gelte jetzt auch für die Länder. Der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft des Bundes, Stöbe, teilte mit, der öffentliche Dienst sei nunmehr „betriebsfertig“. Der Kompromiss sei gut für die Beschäftigten und die Bürger.

Die Einigung sieht vor, daß die Landesbediensteten in Westdeutschland künftig je nach Bundesland unterschiedlich – zwischen 36,7 und 39,7 Wochenstunden arbeiten. Im Schnitt würden 39,2 Wochenstunden erreicht, sagte Bäcker. Das Wohn- und Urlaubsgeld soll künftig nach Einkommensgruppen gestaffelt werden und 95, 80 oder 70 Prozent eines Monatsentlohns betragen; bisher wird eine einheitliche Sonderzahlung von 82 Prozent gezahlt. Außerdem sollen die Gehälter im Westen zum 1. Januar 2008 und im Osten zum 1. Mai 2008 teurer um 2,9 Prozent angehoben werden. Zudem wurden nach Einkommensgruppen gestaffelte Einmalzahlungen von 400, 300 und

100 Euro jährlich vereinbart. Seit Juni 2003 werden in den Ländern Arbeitnehmer nie noch eingestellt oder befristet, Lehrlinge übernommen oder Zeitarbeiter verlängert, wenn die Betroffenen ganz oder teilweise auf Urlaub und Wohnnachzahlungen verzichten. Seit März 2004 müssen sie zudem Wochenarbeitszeiten zwischen 40 und 42 Stunden akzeptieren. Fast ein Drittel aller Beschäftigtenserhältnisse ist entsprechend „umgestellt“.

Die Tarifpartner einigen sich zudem auf verbesserte Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Ärzte in Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern. Ihr Einkommen soll in ersten Berufsjahr von 2001 auf 5000 Euro angehoben werden. In den Folgejahren sind Steigerungen auf 3800, 3950, 4150 und 4500 Euro monatlich vorgesehen. Möllring sprach von einer „Gehaltsanpassung, die die ärztliche Leistung angemessen berücksichtigt“. (Fortsetzung Seite 2.)

Der neue Sportbund

Die Gründung des Deutschen Olympischen Sportbundes soll alles billiger und effizienter machen, sie ist aber die wohl komplizierteste Übung der Sportgeschichte. **SPORT 30**

Klagt nicht, kämpft!

Die meisten Soldaten haben sich an weibliche Kameraden gewöhnt. Viele finden, daß sich das Klima in der Bundeswehr verbessert habe. Die Samstagssporttage. **SPORT 3**

Bis zur gläsernen Decke

Frauen schaffen es kaum an die Spitze deutscher Finanzdienstleister. An der Wall Street dagegen sind die unsichtbaren Netzwerke der

Bundestag beschließt Erhöhung der Mehrwertsteuer

Steinbrück: Sonst zerreißen die öffentlichen Haushalte / Westerweller: Betrug

mas. BERLIN, 19. Mai. Der Bundestag hat die größte Erhöhung der Mehrwertsteuer in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Mit den Stimmen von Union und SPD verabschiedete er am Freitag das Haushaltsbegleitgesetz. Dazu gehört die von Wirtschaft und Opposition heftig kritisierte Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent von Anfang nächsten Jahres an. Mehrere Male in diesem Jahr hat die Regierung die öffentlichen Haushalte und zum anderen zur stärkeren Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung. Der Bundestag soll am 16. Juni abschließend über das Gesetz beraten. Seine Zustimmung gilt als sicher. Neben der höheren Mehrwertsteuer treffen weitere Einschnitte Eltern über Kinder, Pendlern, Sparern. Die erste Lesung dieses Steueränderungsgesetzes stand am Abend auf der Tagesordnung des Bundestages. In namentlicher Abstimmung billigte die Mehrheit der Abgeordneten am Freitag das Haushaltsbegleitgesetz – zwei Wochen früher als geplant. 396 Abgeordnete stimmten mit Ja, 146 mit Nein. Finanzminister Steinbrück (SPD) verteidigte den Schritt zur Sanierung der Finanzen. „Dabei ohne Anstrengung ist nicht möglich.“ Man müsse das Verschuldungsproblem reduzieren, weil der Kapitalmarkt die junge Generation belastet. Zugleich warnte er: „Ohne diese Maßnahmen würden die öffentlichen Haushalte zerreißen.“ Der stellvertretende Vorsitzende der Union-Fraktion Meiser sagte, die große Koalition lege das Fundament für die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Man setze einen Schlüsselpunkt unter eine Politik ständig strengerer Staatsverhaltung. Zugleich wogte die größte Senkung von Lohnnebenkosten in der Geschichte der Bundesrepublik für mehr Beschäftigung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Westerwelle, erinnerte an die Aussagen

von SPD und Union im vergangenen Bundestagswahlkampf. „Jeder, der SPD gewählt hat, betrogen Sie an heutigen Tag.“ Angela Merkel wiederum habe als Kanzlerkandidatin eine Steuererhöhung zum Stopfen von Haushaltslöchern angeschlossen. Die grüne Abgeordnete Hagel kritisierte, im guten wirtschaftlichen Umfeld mache die große Koalition die meisten Schulden. Im nächsten Jahr, wenn sich das Wachstum abschwäche, erhöhe sie die Mehrwertsteuer. Das sei keine konsistente Politik. Die meisten Ministerpräsidenten stützen die Mehrwertsteuererhöhung. Das besuche Ministerpräsident Koch (CDU) rief, die Steuererhöhung nicht in Frage zu stellen, „so schmerzhaft sie auch ist“. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Ringstorff (SPD), sagte, immer mehr neue Schulden seien keine verantwortliche Alternative. (Fortsetzung Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 12.)



Steuerschätzung Bund

Bund	2020	2021	2022	2023
Steuerschätzung Mai 2020	285	306	315	332
Abweichung zu Nov 2019	-44	-32	-34	-31

- Zahlen in Mrd. Euro
- Annahme: Rückgang des BIP nominal 2020 -4,7 % (2020) entspricht real etwa -4,0% (bei Inflation von 0,7%)
- Annahme: Zunahme des BIP nominal 2021 6,8 % entspricht real etwa 6,0% (bei Inflation von 0,8%)
- Annahmen sind zu optimistisch – Sachverständigenrat geht im Juni 2020 von Rückgang um real -6,5% für 2020 und + 4,9 % 2021 aus.
- Der Rückgang der Steuereinnahmen wird höher ausfallen; grob geschätzt um 50 % höher.



Exkurs: Nominal versus real

- Nominal bezeichnet Veränderungen in Geldeinheiten
- Real bezeichnet Veränderungen in der Kaufkraft und berücksichtigt deshalb die Preisänderungen von Gütern
- Beispiel:
 - Die IG Metall hat einen guten Tarifvertrag ausgehandelt, die Löhne steigen um 3%. Verdient ein Arbeiter heute 40.000 EUR, sind es morgen 41.200 EUR.
 - Steigen gleichzeitig aber die Preise um 5%, ist das nur scheinbar ein gutes Ergebnis. Konnte der Arbeiter heute $40.000 / 10 = 4.000$ Flaschen Wein von seinem Einkommen kaufen, sind es morgen nur noch $41.200 / 10,5 = 3.924$ Flaschen
 - Nominal steigt das Einkommen um 3%, real fällt es aber um 2%



Steuerschätzung Bund

Bund	2020	2021	2022	2023
Steuerschätzung Mai 2020	285	306	315	332
Abweichung zu Nov 2019	-44	-32	-34	-31

- Rückgang der Steuereinnahmen ab 2021 ist auch Folge der im Dezember beschlossene Teilabschaffung des Solidaritätszuschlages – Effekt etwa 10 Mrd. Euro jährlich
- Gleichzeitig wurden umfangreichen Stützungsmaßnahmen der Wirtschaft beschlossen, u.a. temporäre Steuersenkungen (Umsatzsteuer) im Umfang von 20 Mrd. Euro
- All das wird schuldenfinanziert: Es werden Kredite im Umfang von jetzt insgesamt 219 Mrd. Euro aufgenommen
- Damit ist beinahe die Hälfte des Haushalts ($219/509=43\%$) kreditfinanziert
- Laut Tilgungsplan Rückführung ab 2023 über 20 Jahre: 11 Mrd. Euro jährlich



Steuerschätzung Land

Land Ba-Wü	2020	2021	2022	2023
Steuerschätzung Mai 2020	28	28,7	29,4	30,4
Abweichung zu Nov 2019	-3,3	-3,5	-3,7	-3,7

- Annahmen sind zu optimistisch – Sachverständigenrat geht im Juni 2020 von Rückgang um real -6,5% für 2020 und + 4,9 % 2021 aus.
- Solidaritätszuschlag ist für Landeshaushalt irrelevant, weil Bundessteuer
- Lücke wird auch in Baden-Württemberg über Schulden und Rücklagen finanziert, zunächst 5 Mrd. Euro Kredite
- Rückführung über 10 Jahre ab 2024: 500 Mio. Euro jährlich



Vergleich zur Finanzkrise

Bund	2009	2010	2011	2012
Steuerschätzung Mai 2009	226	215	223	232
Abweichung zu Nov 2008	-12	-23	-26	-27
Tatsächlich	228	226	248	256

- 2009 und in den Folgejahren gehen etwa die Hälfte der geschätzten Mindereinnahmen auf Steuersenkungen zurück: z.B. Mövenpicksteuer und volle steuerliche Abziehbarkeit der Krankenkassenbeiträge

Bund	2020	2021	2022	2023
Steuerschätzung Mai 2020	285	306	315	332
Abweichung zu Nov 2019	-44	-32	-34	-31



Staatliche Budgetrestriktion



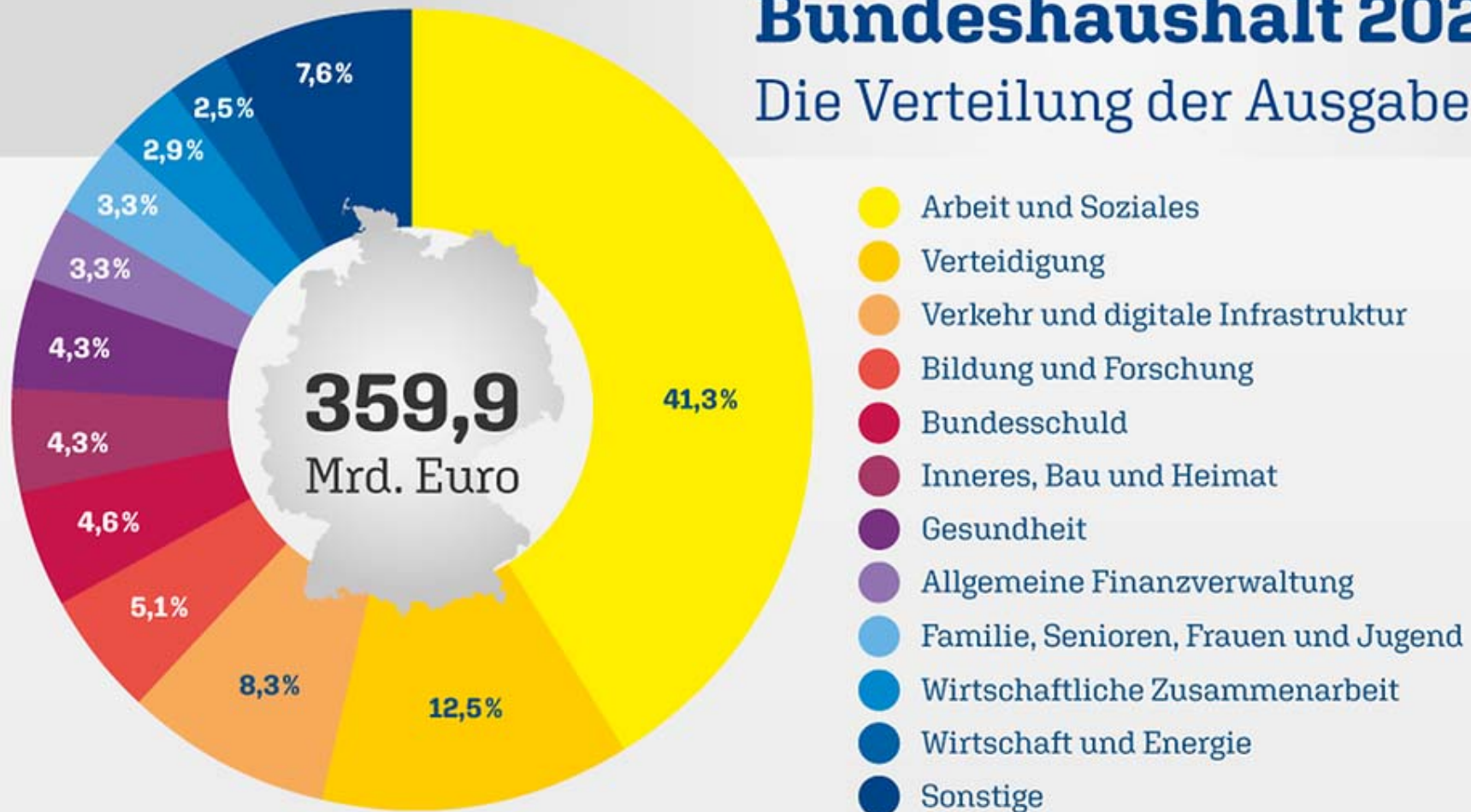
GELD WÄCHST NICHT
AUF BÄUMEN!

- Vgl. www.bundeshaushalt.de



Bundshaushalt 2020

Die Verteilung der Ausgaben





Ausgaben Bund

- 158 Mrd. Euro pro Jahr für Arbeit und Soziales, im wesentlichen Rentenversicherung
- Teure neue Leistungen (Merkel III und IV): Rente mit 63 kostet mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr in 2018, vgl. Statistikportal DRV interaktiver Bereich

Deutsche Rentenversicherung

Rentenbestand
Renten nach SGB VI und sonstige Renten – Gesamtüberblick

Angewendete Filter: Berichtsjahr ist gleich 2018 UND Nullrenten ist gleich keine Nullrente

Geschlecht versicherte Person		Männlich		Weiblich		Summe	
Rentenart	Leistungsarten zusammengefasst	Anzahl	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)	Anzahl	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)	Anzahl	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)
<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Renten wegen vermind. Erwerbsfähigkeit	870.342	794,50	954.477	796,03	1.824.819	795,30
<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Renten wegen Alters	3.087.369	848,32	4.592.910	496,78	7.680.279	638,09
	Regelaltersrente	681.495	1.450,38	478.807	1.111,73	1.160.302	1.310,63
	Altersrente für besonders langjährig Versicherte	1.359.978	1.270,28	584.967	757,25	1.944.945	1.115,98
	Altersrente für langjährig Versicherte	1.105.912	1.292,16	729.091	935,32	1.835.003	1.150,38
	Altersrente für schwerbehinderte Menschen	1.839.246	1.346,08	198.336	904,65	2.037.582	1.303,12
	Altersrente wg. Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit						
	Altersrente für Frauen			3.553.338	870,59	3.553.338	870,59
	Altersrente für langj. unter Tage beschäftigte Bergleute	35.643	2.075,94	2	2.048,95	35.645	2.075,94
<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Renten wegen Todes	4.846.820	634,53	776.489	325,50	5.623.309	591,86
<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Reine Zusatzleistung aus Steigerungsbeträgen	762	5,64	5.038	3,02	5.800	3,36
	Summe	13.827.567	945,99	11.873.455	692,67	25.701.022	828,96

Dienstag, 7. Juli 2020 12:12 Uhr MESZ

© Deutsche Rentenversicherung Bund

- ~~Mütterrente Merkel III und IV kostet ca. 8 Mrd Euro pro Jahr~~



Ausgaben Land Baden-Württemberg

Personal inkl. Versorgung			20
Verwaltung			2
Zinsen			1
Zuweisungen und Zuschüsse Kapitel 63			22
Investitionen			4
Rücklage			2

- Zuweisungen und Zuschüsse Kapitel 63 sind Zahlungen an die Gemeinden, die im Wesentlichen im Finanzausgleichsgesetz (FAG) geregelt sind.
- Anderer wichtiger Posten ist das Personal – eine Kürzung um 15 % hier würde die Etatlücke schließen

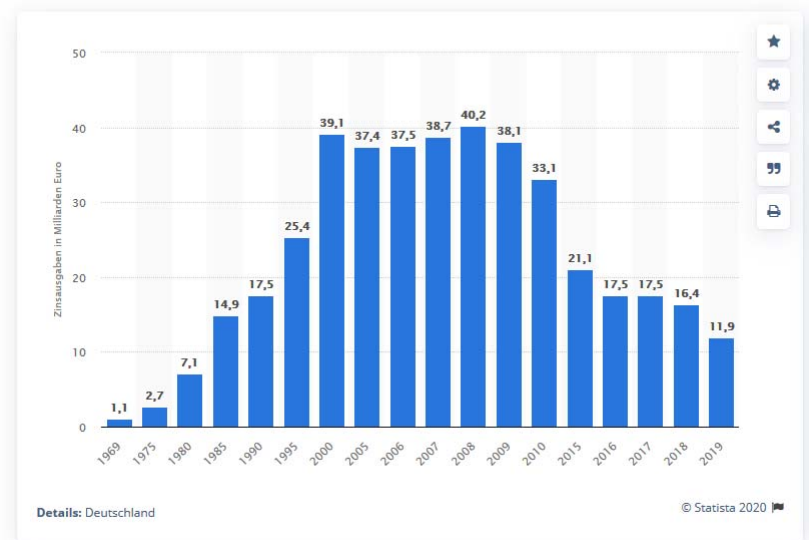


Ausgaben für Zinsen Bund

Wirtschaft & Politik > Steuern & Staatsfinanzen

Zinsausgaben des Bundes von 1969 bis 2019

(in Milliarden Euro)



- Land Baden-Württemberg: 1 Milliarde in 2020
- Entfall der Zinsausgaben würde automatisch zur Konsolidierung beitragen
- Gleichzeitig: Erhöhung des Zinsniveaus ist Risiko für Haushalt

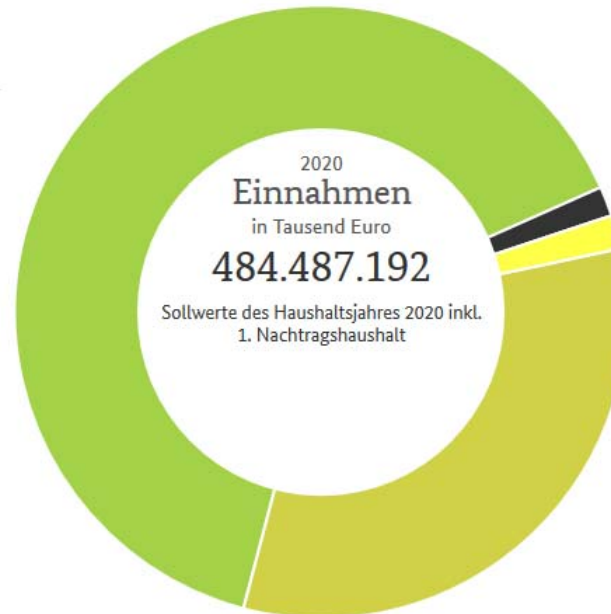


Bundeshaushalt > 2020 > Einnahmen > Einzelplan

Haushaltsstelle: _____ - ____

Einzelpläne

Strukturieren Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich nach Bundesministerien. Dazu kommen besondere Einzelpläne, wie die Bundesschuld.



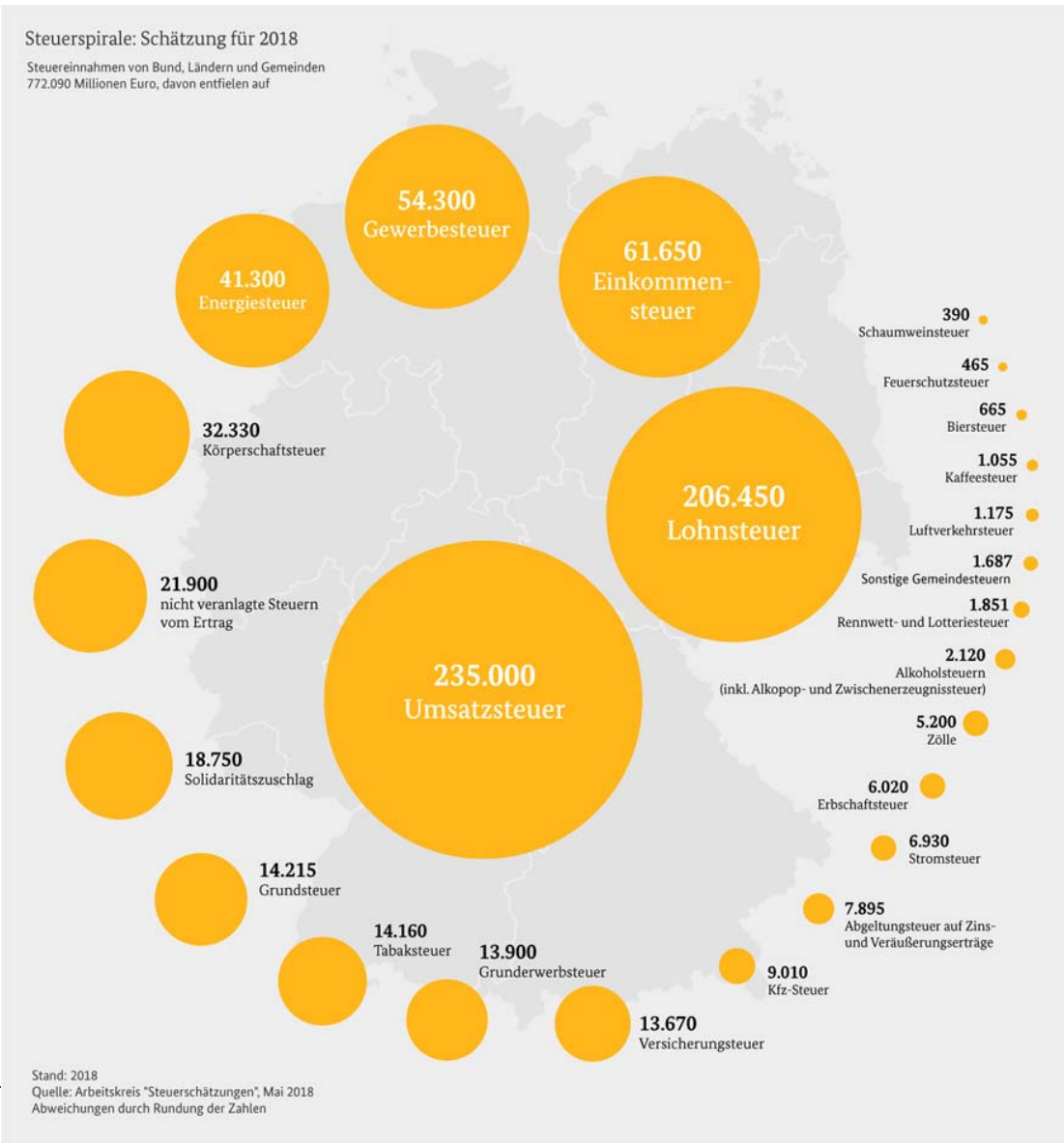
JAHRESVERGLEICH

Gruppen Einzelpläne Funktionen

▲ Betrag in Tausend Euro	Posten ⇅ Einnahmen	⇅ Anteil an Summe pos. Posten
311.299.077	Allgemeine Finanzverwaltung	64,25%
157.019.097	Bundesschuld	32,41%
8.582.956	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	1,77%



Steuerliche Konsequenzen





Umsatzsteuer im Konjunkturpaket

- Wer bezahlt die Umsatzsteuer? Supermärkte geben Steuersenkung weiter, Gastronomie nicht
- Studien: In etwa die Hälfte der Steuersatzänderung wird weitergegeben
- Umsatzsteuersenkung im Konjunkturpaket
 - Stimmungsaufheller (?) (Alternative: volle Abschaffung des Solis in 2020)
 - Verzerrt nicht einseitig (+)
 - Administration (-)
- Umsatzsteuersenkung spezifisch für Gastronomie
 - Hilft Gastronomie (-)
 - Verzerrt nicht einseitig (-)
 - Administration (+)



Umsatzsteuererhöhung zu Finanzierung des Defizits

- Umsatzsteuer und Einkommenssteuer sind ähnlich
- Ähnliche Argumente für und wider
- Beispiel: Arbeiter verdient 40.000 Euro und kauft davon 4.000 Flaschen Wein a 10 Euro
 - (1) Einkommensteuer von 16 % => netto verbleiben 33.610 EUR und er kann nur noch 3.361 Flaschen Wein kaufen
 - (2) Umsatzsteuer von 19 % erhöht Preis auf 11,90 EUR => nur noch 3.361 Flaschen Wein



Zahllast von Steuern





Zahllast von Steuern

- Dem einen wird genommen, dem anderen wird gegeben
- Jede staatliche Ausgabe muss von einem anderen bezahlt werden, Steuergeld kann auch immer anders verwendet werden
- Statt der Rente mit 63 könnte man den Soli abschaffen, öffentliche Gebäude energetisch sanieren oder Erzieherinnen besser bezahlen.
- Man könnte aber auch die Umsatzsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen und eine Rente mit 61 einführen
- Wichtig ist, in Alternativen zu denken



CDU

Höhere Renten, stabile Beiträge

- pläne verbessern
- Rentenniveau und Beitragssatz bleiben stabil. Wir schreiben die gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 fest. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigt. So schaffen wir den Ausgleich zwischen Rentnern und Beitragszahlern.

Die Politik der CDU und CSU für die Menschen am Rentenstand: Renten und Beiträge



Zusatzlast von Steuern



- Steuern müssen nicht nur bezahlt werden, sondern richten darüber hinaus ökonomischen Schaden an: Steuerpflichtige entscheiden in einer Welt mit Steuern anders als in einer Welt ohne Steuern
- Beispiel: Zahnärztin beschließt ihre Wohnung selber zu streichen
- Warum? Maler ist zu teuer, will 66 Euro pro Stunden

Stundensatz	66
Umsatzsteuer	11
Sozialversicherung Arbeitgeber	10
Sozialversicherung Arbeitnehmer	10
Einkommensteuer Maler	18
verbleiben für Maler	17

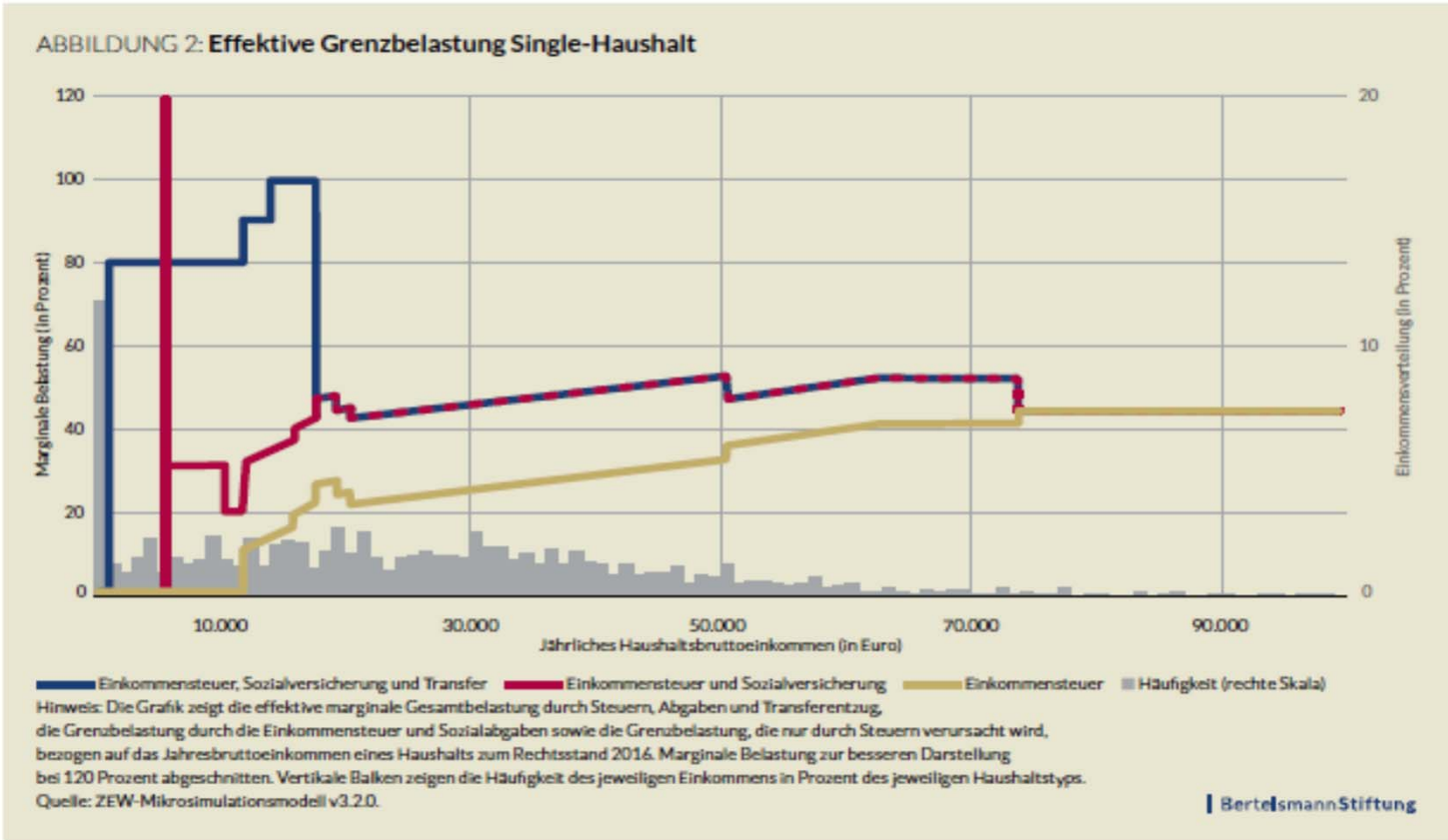


Zusatzlast von Steuern



- Selbst wenn die Zahnärztin 100 Euro pro Stunde brutto verdient, wird ihr Nettolohn nicht reichen um damit die 66 Euro für den Maler zu bezahlen.
- Steuern verhindern sinnvolle Arbeitsteilung
- Steuern setzen Anreize, nicht oder schwarz zu arbeiten
- Steuererhöhungen kosten Wachstum

Stundensatz	66
Umsatzsteuer	11
Sozialversicherung Arbeitgeber	10
Sozialversicherung Arbeitnehmer	10
Einkommensteuer Maler	18
verbleiben für Maler	17





Umsatzsteuer versus Einkommensteuer

- Umsatzsteuer wird von allen bezahlt, Einkommensteuer nur von Personen mit Einkünften
- Eine Defizitfinanzierung über die Umsatzsteuer trifft die Leistungsträger der Wirtschaft daher relativ weniger
- Umsatzsteuer verzerrt die Entscheidung zu arbeiten weniger
- Unter Anreizgesichtspunkten ist die Umsatzsteuer daher vorteilhafter, Verteilungsgesichtspunkte können zu anderen Ergebnissen führen
- Einkommensteuer: 260 Mrd. Euro in 2020
- Umsatzsteuer: 220 Mrd. Euro in 2020
- Erhöhung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt bringt in etwa 10 Mrd. Euro
- Erhöhung der Einkommensteuersätze um 5 % bringt in etwa 10 Mrd. Euro:
 - Eingangssteuersatz 15 % statt 14 %, Spitzensteuersatz 44 % statt 42% bzw. 47 % statt 45 %



Vermögenssteuer

- Immer wieder gefordert, auch zur Bezahlung der Corona-Krise
- Erbschaftsteuer ist eine Art Vermögensteuer, Aufkommen in 2020 7,5 Mrd. Euro, Steuersatz oft über 20 %
- Zum Vergleich: Grunderwerbsteuer bringt 15 Mrd. Euro, Satz aber nur um die 5 %
- Börsenkapitalisierung von BMW 40 Mrd. Euro, knapp 50% davon entfallen auf Familie Quandt
- Warum?



Wie Unternehmen Steuern tatsächlich zahlen

- Steuerrecht ist das Ergebnis eines politischen Prozesses. Es gibt vielfältige Ausnahmeregelungen.
- Diese Tragen erheblich zur Komplexität des Steuerrechts bei: Ausfüllen einer ESt-Erklärung ist nur deshalb so kompliziert, weil solche Ausnahmeregelungen abgefragt werden.
- Ausnahmeregelungen führen zu Steuerplanung. Steuerpflichtige versuchen, in den Genuss von Ausnahmeregelungen zu kommen.



Wie Unternehmen Steuern tatsächlich zahlen

- Schenkungsteuer sieht eine Begünstigung für die Vererbung von Unternehmen vor.
- Unter bestimmten leicht zu erfüllenden Bedingungen wird bei der Vererbung von Unternehmen keine Schenkungsteuer fällig.
- Begründung⁷: Unternehmen dienen in besonderer Weise dem Gemeinwohl (wohl weil sie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen).



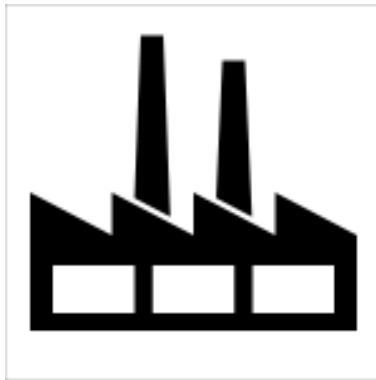
Wie Unternehmen Steuern tatsächlich zahlen

- Argumentation unterstellt, dass die Erben immer die besseren Unternehmer sind. Das ist zumindest fraglich. Dann ist aber auch ein zur Bezahlung der Schenkungsteuer erzwungener Verkauf des Unternehmens nicht zwingend schädlich.
- Beispiel: Walter AG in Tübingen, ehemaliges Familienunternehmen, gehört mittlerweile Sandvik AB Schweden
- Falls eine Schenkungsteuer die Übergabe von Unternehmen an die nächste Generation behindert, kann auch eine Stundung diese Gefährdung beseitigen.

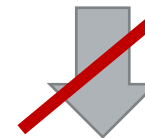


Wie Unternehmen Steuern tatsächlich zahlen

- Folge: Vererbt wird ein Unternehmen mit Bargeld im Wert von 100 Mio. EUR an die Tochter => keine Steuer



0 EUR Schenkungsteuer



ca. 20 Mio. EUR Schenkungsteuer



Wie Unternehmen Steuern tatsächlich zahlen

- Erhebliche Steuerersparnisse durch Steuerplanung => großer Anreiz für Steuerplanung.
- Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 wurde die beschriebene Planungsmöglichkeit beseitigt; Hinweise in der Fachliteratur auf das Modell bereits 2009.
- Das gilt nicht für die grundsätzliche Begünstigung von Unternehmensvermögen.
- Es werden andere (komplexere) Planungsmodelle entwickelt werden.



Update 2020

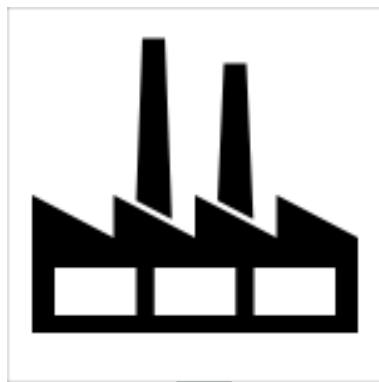
- Im Dezember 2014 (zuvor bereits 1995 und 2009) greift das Bundesverfassungsgericht diese Argumente auf und stuft die Erbschaftsteuer erneut wegen der Privilegierung des Betriebsvermögens als verfassungswidrig ein.
- Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des GG
- Daher seit 2016 neues Erbschaftsteuergesetz mit veränderter Privilegierung des Betriebsvermögens
- Unternehmen, deren Wert 90 Mio. EUR übersteigt, sollen nicht mehr von den Begünstigungen profitieren



Update 2020

- Reich, DStR 2020, S. 265 ff.:

„Bekanntlich ist die Familienstiftung der ideale Erwerber insbesondere für sehr werthaltige Unternehmensbeteiligungen. Mit ihr kann man sich ideal in die sog. Verschonungsbedarfsprüfung des § 28a ErbStG hineinstrukturieren, indem die Familienstiftung als vermögensloser Erwerber, dh ohne verfügbares Vermögen, die Unternehmensbeteiligung unter Lebenden bzw. von Todes wegen erwirbt. Besteht das Unternehmen nach Durchlaufen des Verwaltungs- und Finanzmitteltests ausschließlich aus begünstigtem Vermögen, können Unternehmensbeteiligungen – unabhängig von ihrem Wert, dh auch jenseits der 90 Mio. €-Grenze – ohne Erbschaft- bzw. Schenkungsteuerbelastung auf die Familienstiftung übertragen werden.“



kaufe



0 EUR Schenkungsteuer

ca. 20 Mio. EUR Schenkungsteuer



Vermögen-/Erbchaftsteuer

- Wie bisher können beliebige Vermögen steuerfrei vererbt werden, im Zweifel durch den Kauf von Unternehmen vor Erbfall
- Bisherige Erbschaftsteuer wird nur von mittleren Erbfällen getragen (wenn Kosten für Steuerplanung > Erbschaftsteuer)
- Kleine Erbfälle zahlen nicht wegen Freibeträgen, große Erbfälle zahlen nicht wegen offensichtlichen Steuerplanungsmöglichkeiten
- Effektive Erbschaftsteuer statt neuer Vermögensteuer
- Vorschläge:
 - Stundung der Erbschaftsteuer und hälftige Anrechnung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung auf die Erbschaftsteuer für 10 Jahre
 - Keine Begünstigungen mehr, dafür niedrigere Sätze
- Steueraufkommen der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu



Fazit

- Die Corona-Krise belastet die Haushalte von Bund, Länder und Kommunen
- Die Einnahmeausfälle sollten zunächst 2020 und 2021 über Kredite finanziert werden, um die Wirtschaft nicht zusätzlich zu belasten.
- Die Länderhaushalte sollten durch eine effektive Erbschaftsteuer entlastet werden.
- Falls dann noch erforderlich sollten primär Ausgaben gesenkt werden.
- Erst dann könnte über eine moderate Erhöhung der Umsatzsteuer nachgedacht werden.